



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

- **ANALYSE**
Restriktive Stabilisierungspolitik und Überschuldung –
ohne Reformen droht tiefe Krise und mehr russischer Einfluss 2
Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe (Raiffeisen Bank International, Wien)
- **STATISTIK**
Zentrale Wirtschaftskennzahlen 7

- **CHRONIK**
19. Dezember 2016 – 19. Februar 2017 13

Restriktive Stabilisierungspolitik und Überschuldung – ohne Reformen droht tiefe Krise und mehr russischer Einfluss

Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe (Raiffeisen Bank International, Wien)

Zusammenfassung

Aktuell befindet sich Belarus in der tiefsten Wirtschaftskrise seit 20 Jahren. Mit einem kumulierten Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6 % bis 7 % ist die wohl drei Jahre andauernde Rezession fast doppelt so tief wie in Russland. Angesichts fehlender finanzieller und konjunktureller Impulse aus Russland und einer restriktiven Stabilisierungspolitik ist zu befürchten, dass sich die Rezession in Belarus 2017 fortsetzen wird. Der Verzicht auf traditionelle antizyklische Stabilisierungspolitiken zeigt, wie begrenzt der finanzielle und wirtschaftspolitische Spielraum ist. Ohne eine klare Wachstumsperspektive ist aber unklar, ob der hohe Schuldenstand noch tragfähig ist. Gerade im Bankensektor verschlechtert sich die Lage derzeit – im Vergleich zu vorigen Krisen – deutlich. Zur Lösung der Überschuldungsproblematik wird eine einschneidende Reformierung im Bankensektor notwendig sein. Zudem erscheint ein über Jahre angelegtes Reform- und Finanzierungsprogramm sinnvoll. Hier böte sich eine Zusammenarbeit von IWF und weiteren Parteien an, z. B. der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion (bzw. mit diesen verbundener Institutionen). Allerdings sollten überkritische externe Beobachter auch die spezifische Krisenmanagementkompetenz in Belarus nicht unterschätzen.

Wirtschaftsmodell nicht tragfähig

Belarus verfolgte über Jahrzehnte einen spezifischen wirtschaftspolitischen Kurs. Es haben sich die Eigentumsverhältnisse zwar verändert, aber prinzipiell ist ein umfassender Staatskapitalismus mit komplexen Holdingsstrukturen und massiven Verquickungen zu Staatsbanken entstanden. Der Staat dominiert die Kapitalallokation und die Lohn- bzw. Preisbildung. Das Wirtschaftssystem ist seit Jahren nicht tragfähig und kann ohne russische Subventionen und Verschuldung kein Wachstum generieren bzw. ist permanent auf externe Unterstützung angewiesen.

Durch eine Kombination allmählicher Anpassungen und spezifischer Krisenmanagementkapazitäten konnten Extremszenarien bisher vermieden werden. Doch derzeit ist fraglich, ob dies auch 2017 und darüber hinaus gelingt. Von den bisherigen zögerlichen (Stabilisierungs-)Maßnahmen gehen kaum Wachstumsimpulse aus und so kann die Überschuldung kaum durch ein Hinauswachsen aus den Schulden gelöst werden. Der vorliegende Beitrag erörtert die skizzierten wirtschaftspolitischen Probleme. Zunächst wird gezeigt, dass das bisherige Wirtschaftsmodell auf massiver – wenn auch sinkender – externer Subventionierung, Einmaleffekten und Verschuldung basierte. So wurde aber eine nicht nachhaltige Nachfragestimulierung bzw. Inflationierung und Überschuldung erzeugt.

Perspektivisch ist vor allem unklar wie das massive gesamtwirtschaftliche Überschuldungsproblem – resultierend aus der Verquickung von staatlich dominierter Real- und Finanzwirtschaft – gelöst werden kann. Unklar ist auch von welcher Seite (Russland, Inter-

nationaler Währungsfonds) Reformimpulse und notwendige finanzielle Flankierung kommen könnten. Ab einem gewissen Eskalationsgrad wird Russland – aus Eigeninteresse heraus – Belarus finanziell zur Seite stehen. Wobei sich hier in den letzten Jahren auch eine zunehmende Konditionalität Russlands (in Form einer geforderten tiefen Integration in die Eurasische Wirtschaftsunion und vage formulierter Reformauflagen für Stabilisierungskredite) zeigt und es interessanterweise im Bankensektor bereits beachtliche gemeinsame Vorarbeiten bzw. Systemrisikoanalysen mit dem IWF gibt.

Kein nachhaltiges Wachstum

Eine der größten Schwächen des weißrussischen Wirtschaftsmodells ist die hohe Abhängigkeit von russischer expliziter und impliziter finanzieller Unterstützung. Die implizite Transfers umfassen verbilligte Energielieferungen für den heimischen Gebrauch (v. a. Erdgas) und den Export (v. a. Erdöl das vor Ort raffiniert und in den Westen verkauft wird). Langfristig gesehen und v. a. bis zur globalen Finanzkrise 2008 lagen diese Subventionen bei 15 % bis 25 % des BIP. Nach 2008 gingen die Subventionen auf unter 10 % des BIP zurück, was zum Teil auch einem allgemeinen Energiepreisverfall geschuldet ist. Schon kurz nach diesem Subventionsrückgang durchlebte Weißrussland in 2009 eine schwere Zahlungsbilanz- und Währungskrise und musste die Landeswährung massiv abwerten. Nach einem kurzen zwischenzeitlichen Anstieg von 2012 bis 2015 sind die Energiesubventionen derzeit wieder rückläufig (von 15 % des BIP auf knapp unter 10 %), was erneut einen Anpassungsdruck impliziert.

Prinzipiell ist die von Russland bereitgestellte Öl- und Gasrente für die weißrussische Wirtschaft überlebenswichtig. So lassen sich auch die fortwährend und auch aktuell harten Verhandlungen diesbezüglich erklären. Allerdings scheint man von russischer Seite aus wirtschaftlichen und politischen Gründen mittlerweile weniger gewillt zu sein, Belarus auch in Zukunft umfangreich zu subventionieren. Einerseits steht der russische Haushalt selbst unter Druck. Das russische Staatsbudget wies in 2016 ein Defizit in Höhe von 3 % des BIP auf. Dies ist ein für Russland hoher Wert und man verfolgt dort eher eine harte Sparpolitik. Andererseits kritisiert man im Kreml teils die nur vorsichtige politische Gefolgschaft von Belarus. So hat Belarus die Annexion der Krim durch Russland nicht anerkannt und suchte im Ukraine-Konflikt eine Mittlerposition, teils zum Verdruss Russlands. So setzt Russland den Nachbarn durch Preiserhöhungen beim Gas und Lieferkürzungen, wie etwa in 2016/2017, unter Druck. In der Vergangenheit ist es der weißrussischen Führung immer gelungen einen Kompromiss mit Russland zu finden, doch das könnte bei abnehmendem Interesse Russlands zunehmend schwieriger werden.

Über die Energiesubventionen hinaus prägt Belarus eine lange angelegte (wirtschaftliche) Reintegration mit Russland bzw. der postsowjetischen Region. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde der Unionsstaat Russland und Weißrussland gegründet, seit 2010 gibt es die Eurasische Zollunion und daraus hervorgehend seit 2015 die Eurasische Wirtschaftsunion. Diese Integrationsprojekte werden vom Kreml vor allem als politische Vorhaben unter der Führung Russlands gesehen, während Partner wie Belarus und Kasachstan den Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Integration legen.

Durch die enge Wirtschaftsintegration mit Russland profitierte Belarus stark vom wirtschaftlichen Aufstieg Russlands im Zuge des Rohstoffbooms der 2000er Jahre. So weist das Muster der jährlichen Wirtschaftswachstumsraten in Belarus und Russland sehr ähnlich. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum von 2000 bis 2010 ist in Belarus mit über 7 % pro Jahr sogar höher als russische mit 5 %. Zudem gelang es in Belarus schwere Rezessionen sowohl in 1998 als auch 2009, zum Teil durch eine starke antizyklische Politik, zu vermeiden. Diese Situation hat sich inzwischen jedoch gewandelt.

Seit 2010 bis einschließlich 2016 liegt der Wachstumsschnitt nur mehr bei jährlich rund 1,6 %, d. h. auf einem mit Russland vergleichbar schwachen Niveau und deutlich unter dem Schnitt anderer zentral- und osteuropäischer Länder. Die aktuelle Rezession in Belarus, die von 2015 bis möglicherweise 2017 andauern wird, ist die erste seit Mitte der 1990er Jahre und mit einem kumulierten Rückgang von 6,5 % der Wirtschaftsleistung

doppelt so tief wie diejenige in Russland. Zwar erholt sich die Wirtschaft Russlands derzeit und ist damit dem Konjunkturzyklus in Belarus voraus, allerdings wird die russische Wirtschaft auf absehbare Zeit nicht so stark wachsen, dass dies klare Stimulierungseffekte für Belarus mit sich bringen wird.

Wiederkehrende Währungskrisen

Die außenwirtschaftliche Lage ist traditionell die Achillesferse der weißrussischen Wirtschaft. Handels- und Leistungsbilanzdefizite sind hoch und v. a. auch in den letzten Jahren zum Problem geworden. So erreichte das Leistungsbilanzdefizit 2009 und 2010 ein nicht nachhaltiges Niveau von 12 % bis 15 % des BIP, was 2011 zu einer Währungskrise führte, welche erst durch Finanzhilfen im Rahmen von Krediten des Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung (EFSDF) der Eurasischen Wirtschaftsunion in Höhe von 3 Mrd. US-Dollar überwunden werden konnte. Dennoch löste das zögerliche Krisenmanagement eine starke Abwertung des weißrussischen Rubels aus, welche sich in den Folgejahren fortgesetzt hat. Allerdings gelang es in dieser Krise noch übermäßige Einkommenseinbußen durch Währungsabwertung und hohe Inflation einigermaßen durch zentral gesteuerte nominale Lohnanhebungen abzufangen.

In der aktuellen Rezession seit 2015 gelingt diese Stabilisierung nicht mehr – das reale Lohnniveau und die real verfügbaren Einkommen gingen 2015 und 2016 deutlich zurück. Die Reallöhne um kumuliert 7 % und die realen verfügbaren Einkommen sogar noch stärker um 13 %. Der Plan, die Einkommenssituation in 2016 zu stabilisieren misslang. Die Abkehr von der bisherigen antizyklischen Stabilisierungspolitik ist ein starker Hinweis darauf, unter welchem hohen Stress das weißrussische Wirtschaftsmodell derzeit steht. Zudem hat sich das hohe Leistungsbilanzdefizit trotz aktueller Rezession und weiterer Währungsabwertung nicht merklich verringert und ist in 2016 voraussichtlich wieder angestiegen.

Belastend für die außenwirtschaftliche Position und externe Finanzierungssituation sind nicht nur die anhaltenden Exportrückgänge, sondern auch hohe Mittelabflüsse für Zinszahlungen für Auslandsschulden. Im März 2016 musste Belarus deshalb einen weiteren Kredit über 2 Mrd. US-Dollar bei der Eurasischen Wirtschaftsunion aufnehmen. Die vermehrte Schuldenaufnahme und kontinuierliche Abwertung der Landeswährung in den letzten Jahren haben dazu geführt, dass sich wichtige Kennzahlen zur Außenverschuldung deutlich verschlechtert haben. Betrug die gesamte Außenschuld des öffentlichen und privaten Sektors Ende 2009 22 Mrd. US-Dollar (entsprechend 45 % des BIP), so stiegen die

Schulden in den folgenden vier Jahren bis Ende 2014 rasant auf knapp über 40 Mrd. US-Dollar an. Da sich das BIP in dieser Periode in US-Dollar gerechnet auch erhöhte, stieg der Koeffizient von Außenschuld zum BIP weniger deutlich auf 53 %. Dabei ist anzumerken, dass knapp 60 % der Auslandsschulden auf staatliche Institutionen entfallen.

2015/16 hat sich die Situation jedoch wieder verändert. Zwar blieb der nominale Schuldenstand angesichts einer nun eher restriktiven Schuldenneuaufnahme nahezu unverändert, doch schrumpfte das BIP in Hartwährung gerechnet durch fortgesetzte Abwertungen deutlich zusammen (um rund ein Drittel). Damit stieg der externe Schuldenstand auf knapp 80 % des BIP an. Etwa 20 % bis 25 % der Güterexporterlöse (entsprechend 2 bis 5 Mrd. US-Dollar) müssten inzwischen pro Jahr komplett »nur« für den internationalen Schuldendienst verwendet werden, würde Belarus vollständig von neuen Krediten abgeschnitten. Insgesamt vermehren sich die Anzeichen, dass die Auslandsschulden nicht mehr uneingeschränkt tragfähig sind. Dies gilt v. a. falls sich die außenwirtschaftliche Situation nicht deutlich verbessert. Dann könnte das Land in einem Teufelskreis aus hohem Schuldendienst, fortwährender Aufnahme neuer Kredite zur Finanzierung des Schuldendienstes und sich verschlechternder Schuldenkoeffizienten gefangen sein.

Zunehmende Auslandsverschuldung

Belarus hat sich seit Mitte der 2000er Jahre den internationalen Finanzmärkten zugewandt. Im Jahr 2007 erhielt der Staat die erste Bonitätseinschätzung durch internationale Ratingagenturen und emittierte 2010 und 2011 unter Zuhilfenahme von internationalen Investmentbanken und der Sberbank Russland die ersten großvolumigen, internationalen US-Dollar Anleihen – im Hochzinsbereich mit Zinskoupons von fast 9 %. Nachdem der Staat die Grundlage legte, haben in den Folgejahren und bis heute v. a. die staatlichen Banken von Belarus internationale Großfinanzierungen (v. a. syndizierte Kredite) aufgenommen.

Ziel der Öffnung war und ist es durch Auslandsfinanzierungen das Wirtschafts- und Wachstumsmodell aufrechtzuerhalten und zugleich die einseitige Finanzierungsabhängigkeit von Russland etwas zu reduzieren. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die internationale Verschuldung von Belarus v. a. seit der Öffnung gegenüber internationalen Finanzmärkten seit 2007/2008 stark angestiegen ist (wie zuvor skizziert von ca. 5–8 Mrd. Euro auf derzeit 37–40 Milliarden bzw. von ca. 20 % des BIP auf über 70–80 % des BIP).

Daher braucht das Land nun für den Schuldendienst einen kontinuierlichen Marktzugang, der aber nicht uneingeschränkt gegeben ist. Internationale Anleihen

hat der Staat in den letzten Jahren (trotz mehrmaliger Ankündigung) nicht mehr emittieren können. Die Zinskonditionen wären zu schlecht gewesen und westliche Banken fürchten bei der Zusammenarbeit mit Belarus Reputationsrisiken. Vor allem aber ist der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten durch die sich graduell verschlechternde Bonitätseinschätzung von Belarus (um mehrere Stufen) in den letzten Jahren begrenzt. Belarus gilt gemäß internationalen Ratingagenturen als »hochspekulative Anlage« die kurz vor Zahlungsproblemen steht bzw. bei der im Falle einer »Verschlechterung der Lage Ausfälle wahrscheinlich sind«. Damit gibt es unter Marktinvestoren derzeit wenig Bereitschaft Investitionen in belarussische Anleihen massiv zu erhöhen.

Hier ergibt sich für Belarus ein Problem. Große Investoren halten eine gewisse Menge belarussischer Staatsanleihen, weil sie davon ausgehen, dass das Land solange wie nur irgendwie möglich diese Auslandsschulden bezahlen wird und dies gegebenenfalls auch auf Kosten einer harten Sparpolitik. Aber selbst wenn sich die Bedingungen am globalen Finanzmarkt für Belarus stabilisieren sollten, kann das Land hier maximal 1 Mrd. US-Dollar auf Sicht von 12–18 Monaten platzieren. Diese Summe alleine reicht jedoch kaum noch aus für den internationalen Schuldendienst.

Insofern ist auch zu beachten, dass das Gros der Auslandsschulden nicht über transparente Marktfinanzierungen erfolgt und daher große Unsicherheiten bestehen, zu welchen Konditionen und von welchen Parteien Schuldner in Belarus (noch) externe Finanzierung erhalten. Angesichts der begrenzten Finanzierungsoptionen war Belarus in den letzten ein bis zwei Jahren wieder verstärkt auf Finanzierungen über Russland angewiesen. Neben Finanzierungen des EFSDF sind dies v. a. »vermeintliche« Marktfinanzierungen über russische Banken (nicht nur die Staatsbanken, teils auch aufstrebende staatsnahe Banken wie Alfa Bank oder die Promsvyazbank), die Finanzierungsmittel bereitgestellt haben. Damit hat sich die finanzielle Abhängigkeit von Russland eher erhöht. Zudem finanziert Russland das Kernkraftprojekt in Astravets mit einem Kredit in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar, rückzahlbar ab 2021 in fünfzehn Jahren. Allein für diese Finanzierung muss Belarus ab 2021 fast 1 Mrd. US-Dollar im Jahr aufbringen und damit steigt tendenziell die mittelbare und unmittelbare finanzielle Abhängigkeit von Russland weiter.

Kaum Wachstumspotenzial

Angesichts der skizzierten Gesamtsituation (weniger finanzieller und konjunktureller Rückenwind aus Russland, eher restriktive Stabilisierungspolitik) ist zu befürchten, dass sich die Rezession in Belarus weiter fortsetzen wird. Diese Befürchtungen gründen sich

darin, dass einerseits die bisherigen externen Wachstumstreiber nicht länger zur Verfügung stehen aber auch darin, dass das spezifische Wachstumsmodell in Belarus selbst nicht mehr funktioniert.

Das Modell, das unter anderem auf antizyklische Staatsausgaben mit in Krisenzeiten steigenden Löhnen und Investitionen – vor allem durch den Bausektor – setzte, kann aus Ressourcenmangel nicht mehr aufrechterhalten werden. In 2015 und 2016 gingen die Investitionen um jeweils 18 % jährlich zurück. Und auch wenn Mittel für eine Wiederaufnahme hoher Investitionen zur Verfügung stehen sollten, wäre deren Nutzen in Frage zu stellen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) errechnet für Belarus seit 2010 eine so genannte negative Faktorproduktivität des Wirtschaftswachstums. Dies bedeutet, dass sich die Produktivität der Gesamtwirtschaft eher verschlechtert hat, trotz fortgesetzter Kapitalakkumulation.

Damit rückt der Bedarf an Strukturreformen in der größtenteils vom Staat kontrollierten Volkswirtschaft in den Vordergrund. Hier gibt es einige Ansätze, die Planung der Staatsprogramme 2016–2020, quasi das Herzstück der weißrussischen Industriepolitik, wurde auf ein komplett neues rechtliches Fundament gestellt. Intransparente Unterstützungen durch den Staat sollen nachvollziehbar gemacht und besser gesteuert werden und die Effizienz von öffentlichen Ausgaben besser kontrolliert werden. Damit soll die Effizienz des Staatssektors erhöht werden und auch dem kleinen, bereits effizienteren privaten Sektor eine Chance eröffnet werden.

Jedoch ist es noch zu früh, um hier ein Urteil fällen zu können. Ein Teil der Staatsunternehmen ist wohl ohne substantielle laufende Unterstützungen nicht überlebensfähig. Es ist unklar, ob dann sozial schmerzhaft Strukturreformen oder eben ein Rückfall in etablierte Verhaltensmuster als Handlungsoptionen gewählt werden. Zudem gilt es die Herkulesaufgabe der Reform des Bankensektors anzugehen.

Bankensektor

Staatsdominierte Banken sind in Belarus Dreh- und Angelpunkt des Staatskapitalismus. Der Marktanteil der Staatsbanken sank zwar in den letzten Jahren von 80 % in 2009 auf 65 % in 2016, ist aber noch substantiell. Zudem wurde die Minderung durch Zugewinne staatlich beeinflusster russischer Auslandsbanken kompensiert, deren Marktanteil von unter 20 % auf fast 30 % stieg. Westliche Kreditinstitute (v. a. die Raiffeisen Bank International aus Wien mit ihrer Tochterbank Priorbank) und heimische Privatbanken haben insgesamt weniger als 10 % Marktanteil. Der politische Einfluss auf den Bankensektor ist folglich massiv.

Zwei große staatliche Banken – mit zusammen über 55 % Marktanteil – bedienen mit gelenkter Kre-

ditvergabe und subventionierten Konditionen differenziert den »Gesamtmarkt«. Die Belarusbank (Aktiva ca. 10–12 Mrd. Euro) ist auf Industriefinanzierung und Ballungszentren ausgerichtet, die kleinere Belagroprombank (Aktiva ca. 4–5 Mrd. Euro) finanziert im ländlichen Raum.

Über die Marktstruktur hinaus ist zu beachten, dass Belarus von 2004/2005 bis 2011 einen Kredit- bzw. Schuldenboom erlebte, von dem sich das Land bis heute nicht erholt hat. Die Kredite in Relation zum BIP stiegen stark an; auch im Vergleich mit Nachbarländern. Dies gilt v. a. wenn man bedenkt, dass große Teile der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung und damit auch entsprechende Kreditsicherheiten wenig nachhaltig sind. Auch die Kredite-Einlagenrelation stieg in Boomzeiten rasch auf nicht nachhaltige Niveaus von weit über 100 % an und erholte sich kaum. Belarus expandierte deutlich stärker, als heimische Ersparnisse es hergeben.

Seit 2011 dominiert so Improvisieren. Reale Kreditvergabe findet nicht mehr statt, die Profitabilität sinkt und immer mehr Kredite sind notleidend. Angesichts oftmaliger Währungskrisen arbeiten die Banken bzw. ihre Kunden flankiert von Staat und Notenbank zudem stark mit Fremdwährungen. Etwa. 60 % bis 70 % aller Einlagen und Kredite – höhere Beträge als die Devisenreserven – sind in Fremdwährung. Dies birgt massive Fristigkeits-, Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken. Das System funktioniert bis dato weil die Staatsbanken mit expliziten und impliziten Staatsgarantien operieren, z. B. der Garantie aller Privatkundeneinlagen (seit 2008). Des Weiteren unterhalten Staatsfirmen Einlagen plus Zahlungs- bzw. Mitarbeiterkonten bei Staatsbanken. Viele Groß- bzw. Firmenkredite werden als nicht notleidend eingestuft, da sie mit Staatsgarantien versehen sind. Beistand gibt es von der Notenbank (NBRB), die mit ihrer Geld- und Währungspolitik auch (wirtschafts-)politische Ziele bzw. große Staatsbanken unterstützt. Zudem wurde bei den Staatsbanken seit 2011 beständig und substantiell Kapital (pro Jahr ca. 1–2 % des BIP) nachgeschossen.

Die Banken schlitterten so in eine immer stärkere unmittelbare und mittelbare Abhängigkeit. Es gibt eine toxische Verbindung zwischen Staats- und Bankensektorsolvenz. Etwa 40–45 % der Kredite sind an Staatsfirmen bzw. den Staat vergeben, die Banken halten große Bestände an Staats- bzw. Notenbankpapieren (auch in Fremdwährung). Wobei gewisse Exzesse (wie z. B. Fremdwährungskredite an Haushalte) frühzeitig begrenzt wurden, um die gesamtwirtschaftliche Stabilität nicht komplett zu gefährden. Auch wurde 2011 eine spezialisierte Entwicklungsbank (DBRB) gegründet, um staatlich gelenkte Finanzierungen und teils notleidende Kredite zu übernehmen. Derweil laufen 8 %

bis 9 % aller Finanzierungen in Belarus über die DBRB. Seit Frühjahr 2016 unterliegt die DBRB der direkten NBRB-Aufsicht, was erst politisch vermieden wurde. Zusätzlich mussten in den letzten zwei Jahren fünf kleinere Banken geschlossen werden und einige Mindestanforderungen wurden angehoben.

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage, fallender Unternehmensgewinne, stagnierender Einkommen und sinkender Immobilienpreise bergen die skizzierten Strukturprobleme erhebliche mittelfristige Systemrisiken. In einem Umfeld mit Deflationerscheinungen oder zumindest schwachem Wachstum wird es immer schwieriger (Bank-)Schulden zu bedienen. Spätestens als Folge eines Anstiegs der notleidenden Kredite von weniger als 2 % in 2014 auf fast 15 % aller Kredite in 2016 und vor dem Hintergrund massiver Konzentrationsrisiken (die ca. 200 % des Eigenkapitals ausmachen) nimmt im Land und international die Besorgtheit zu. Zudem weisen Staatsbanken niedrige notleidende Aktiva aus und so besteht die Sorge, dass ein Schönrechnen – auf Basis von Staatsgarantien – stattfindet. Die Risikovorwarnung für notleidende Exposures (im Sektor im Aggregat) ist gemäß Marktstandards mit knapp 40 % auch niedrig; vernünftig wären in Ländern wie Belarus Werte um 60 % bis 80 %. Im Frühjahr 2016 unterzog die NBRB den Bankensektor einem umfassenden Stresstest und sah – in negativen Wirtschafts- und Finanzmarktsszenarien – keinerlei Problemlagen. Im Herbst 2016 fanden umfangreiche Stresstests, in Kooperation mit dem IWF, statt. Zwar waren die Ergebnisse der NBRB zuverlässiger als die des IWF, allerdings sah auch sie bei drei relevanten Banken (Belinvestbank, Belagroprombank und russische Alfabank) mit einem Marktanteil von zusammen ca. 20 % (Kapitalisierungs-)Probleme in negativen Szenarien.

Insgesamt besteht das Risiko einer umfassenden Schieflage im Bankensektor, die aktive Stützung erfordern könnte. Gemäß empirischer Untersuchungen könnten allein hierfür Gelder im Bereich von 15 % bis 20 % des BIP entsprechend bis zu 10 Mrd. Euro erforderlich werden. Diese Zahl deckt sich auch mit Schätzungen zu staatsgarantierten Schulden, die bei 20 % bis 25 % des BIP liegen (Teile davon können werthaltig sein). Ohne externe Hilfe könnte Belarus solche Summen – auch wenn nicht schlagartig und nicht nur in Fremdwährung fällig – kaum glaubwürdig stemmen; zumal weitere Mittel zur Schuldentilgung und gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung notwendig wären.

Extrem Szenarien lassen sich indes vermeiden. Es gibt »Vorarbeiten« (z. B. lokale und IWF-Stresstests, Etablierung eines Finanzstabilitätsrates zur Jahresmitte 2016) und der Bankenmarkt ist klein bzw. konzentriert (26 Banken, der Marktanteil der fünf größten Banken liegt

bei 80 %, elf Banken kontrollieren 95 % der Aktiva), was Krisenmanagement erleichtert. Zudem würde eine Bankenkrise Russland hart treffen, welches dann wohl stabilisierend eingreifen würde. Russische Banken haben gemäß Grobschätzungen ca. 10 Mrd. US-Dollar in Belarus investiert; geostrategische bzw. -ökonomische Abwägungen sprechen auch für russischen Beistand. Prinzipiell wären hierfür mehrere Kanäle denkbar, z. B. Devisenwappengeschäfte mit der russischen Notenbank, aktive Zukäufe russischer Banken in Belarus oder neue EFSD-Stabilisierungskredite.

Grundsätzlich wäre eine umfassende Sanierung und Neuausrichtung der Banken und der Bankenaufsicht in Belarus sinnvoller als weitere teure ad-hoc Stabilisierungen. Eine glaubwürdige Sanierung müsste aber eine umfassende Umstrukturierung notleidender (Firmen-)Kredite (angesichts von komplexen Bewertungs- und Bilanzierungsfragen auch mit Hilfe international erfahrener Wirtschaftsprüfer und Abwicklungsspezialisten), eine Neuausrichtung der Staatsbanken und ggfs. eine Umverteilung von Marktanteilen umfassen.

Damit wären unverkennbar politisch heikle Fragen verbunden. Gemäß aktueller Regularien ist der belarussische Staat bereit bis zu 50 % Ausländeranteil im Bankensektor zu akzeptieren, es gibt mittelfristige Privatisierungsziele. An der Belarusbank sollen 25 % verkauft und die Belinvestbank komplett privatisiert werden. Teile der lokalen Wirtschaftselite hoffen auf westliche Investoren (mit Osteuropaerfahrung). Wobei ein ökonomisch-rational agierender Auslandsinvestor derzeit kaum eine große Staatsbank (mit aktuellen Bilanzpositionen) kaufen würde und eine Massenmarktstrategie ohne umfassende Reformen im Wirtschaftssystem nicht sinnvoll ist; eher wäre noch die Übernahme kleinerer Entitäten denkbar.

Reformimpulse und Finanzierung: IFIs oder Russland?

Belarus steht vor massiven Umstrukturierungs- und Refinanzierungsherausforderungen, während bisherige Reformimpulse noch kaum Wirkung entfalten. Zudem wird Belarus auch in 2017 und darüber hinaus auf direkte oder indirekte externe finanzielle Unterstützung angewiesen sein. Trotz Vor- und Sondierungsarbeiten erscheint der Abschluss eines reinen IWF-Abkommens aber sehr unwahrscheinlich. Wobei es dennoch sinnvoll sein könnte, ein gemeinsames Unterstützungsprogramm zwischen dem eher westlich geprägten IWF, der EBWE und dem EFSD anzustreben – und Belarus ggfs. sogar ein Interesse an so einer Konstellation haben könnte.

Prinzipiell gibt es mit Griechenland oder der Ukraine ja Beispiele für substanziell flankierte IWF-Programme

und eine EBWE-Beteiligung erscheint angesichts der substanziellen Reformagenden im Bankensektor sowieso zielführend. Zudem könnten so gewisse Zielkonflikte entschärft werden. Wobei allerdings auch klar ist, dass von so einem Programm weniger substanzielle Umgestaltungsimpulse ausgehen werden als notwendig.

Insgesamt erscheint ein reines IWF-Reformprogramm aus innenpolitischen und geostrategischen Über-

legungen kaum möglich, aber eine reine Stützung durch Russland bzw. den EFSD auch nicht unbedingt im Interesse der belarussischen Führung, um zu hohe Abhängigkeit zu vermeiden. Aus westlicher Sicht könnte so im Kontext eines sehr konkreten Projektes die Kooperationsbereitschaft Russlands ausgetestet werden.

Über die Autoren

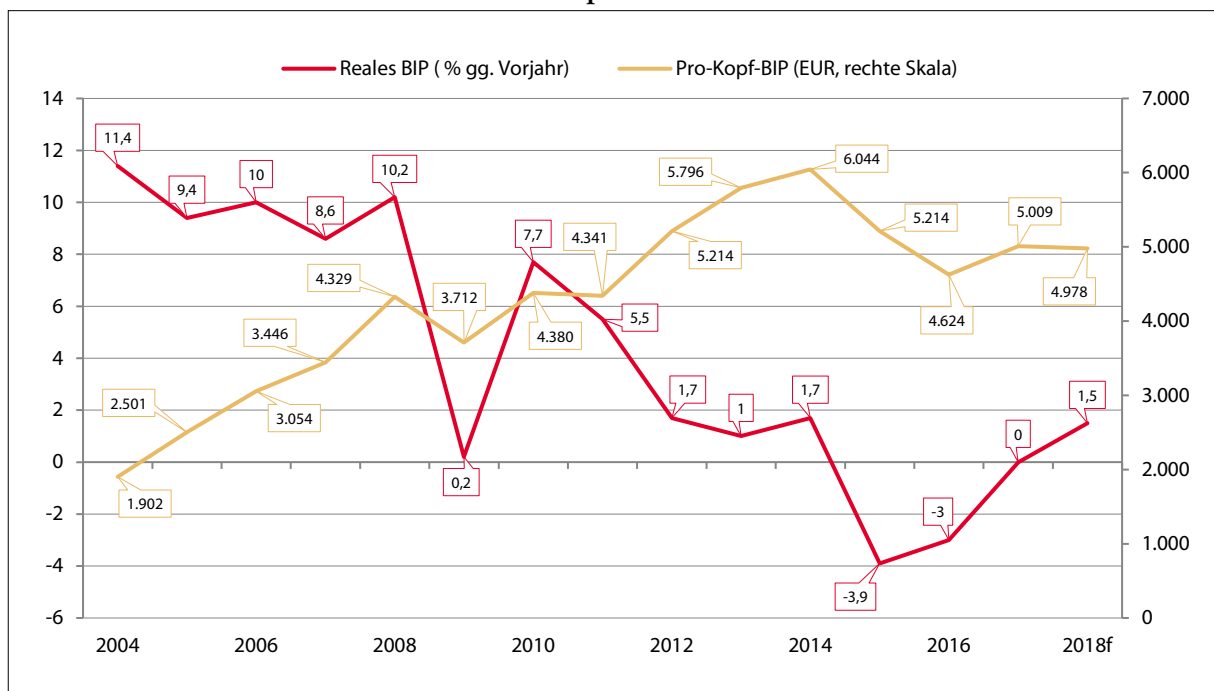
Gunter Deuber leitet die Abteilung Volkswirtschaft, Zinsen, Währungen bei der Raiffeisen Bank International (RBI) AG, die größte in Belarus tätige Auslandsbank, in Wien. Andreas Schwabe ist Senior Economist mit Osteuropa- bzw. Belarus-Fokus bei der der RBI in Wien. Der vorliegende Beitrag gibt die Auffassung der Autoren und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

STATISTIK

Zentrale Wirtschaftskennzahlen

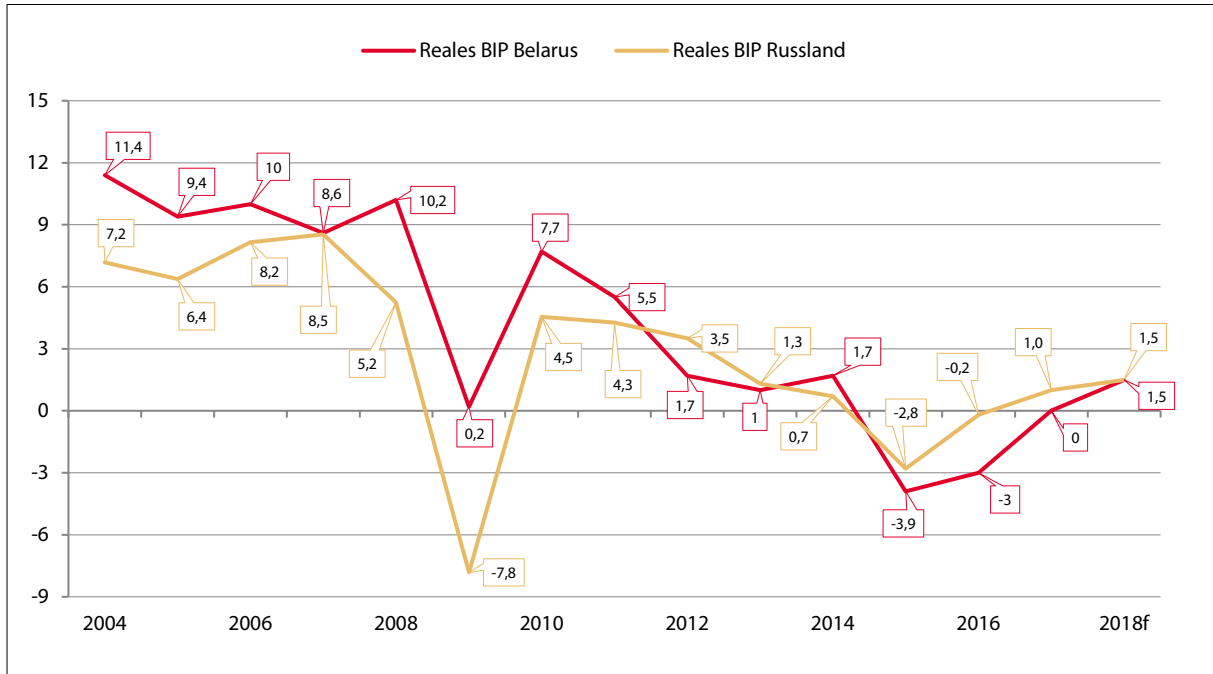
Zusammengestellt von den Autoren des vorhergehenden Beitrags

Grafik 1: Wirtschaftswachstum und Pro-Kopf-Einkommen



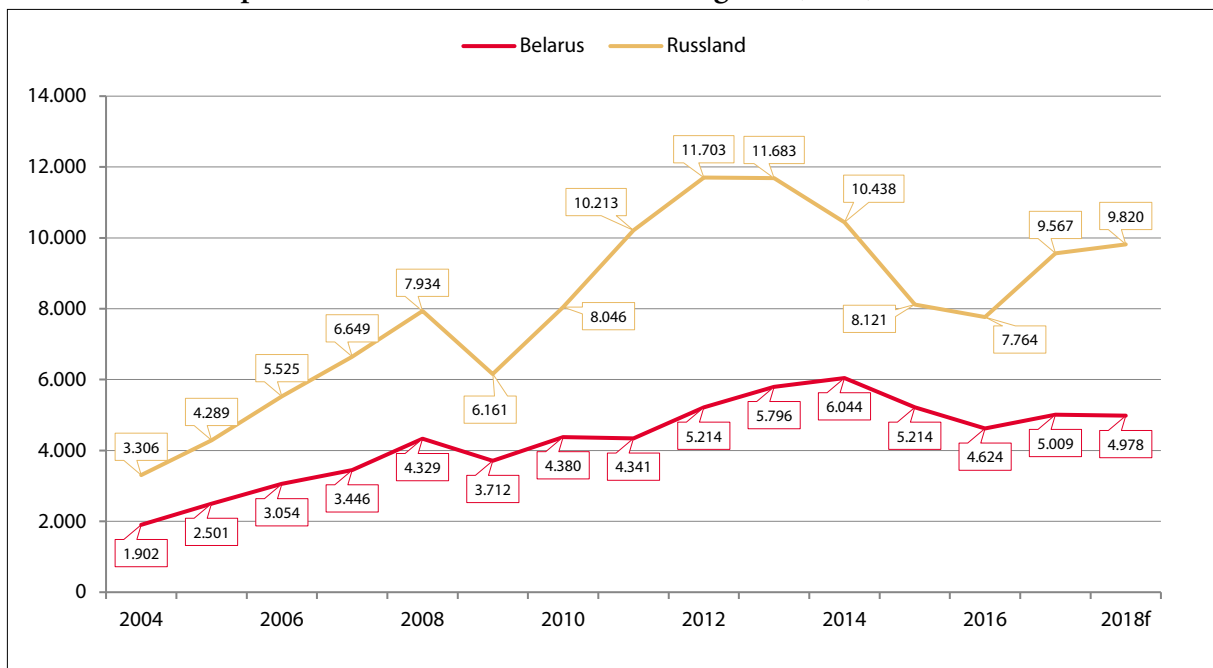
Quelle: nationale Quellen, NBRB, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 2: Reales BIP – Belarus und Russland im Vergleich (% gg. Vorjahr)



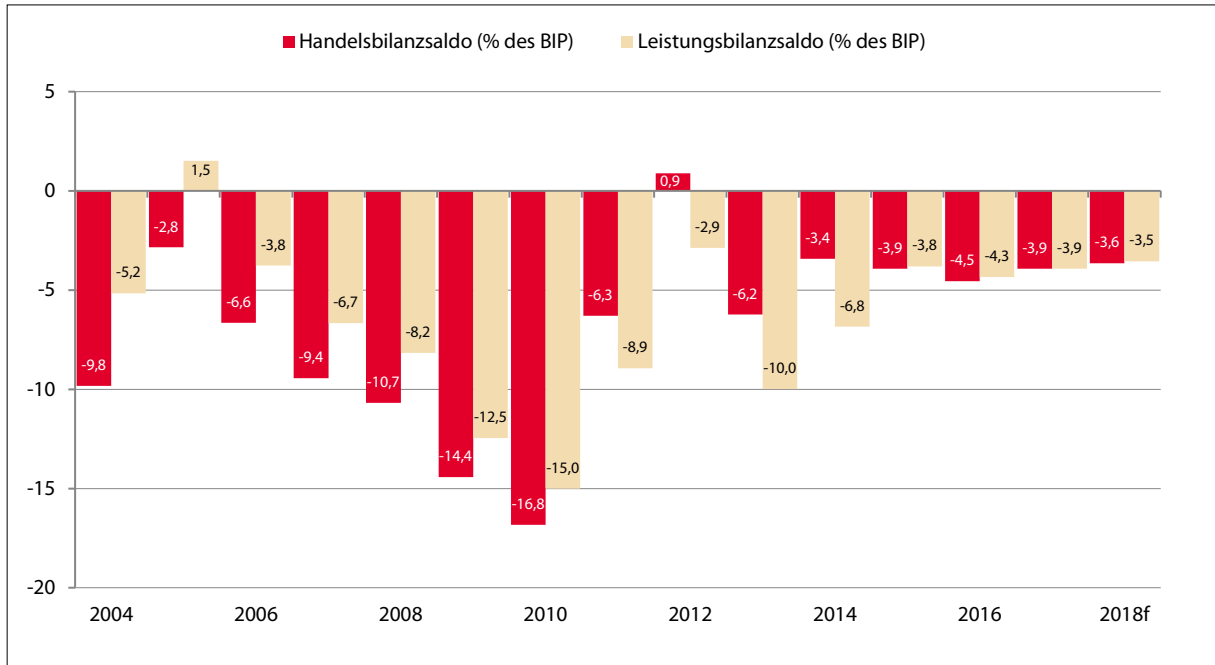
Quelle: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 3: Pro-Kopf-BIP – Belarus und Russland im Vergleich (EUR)



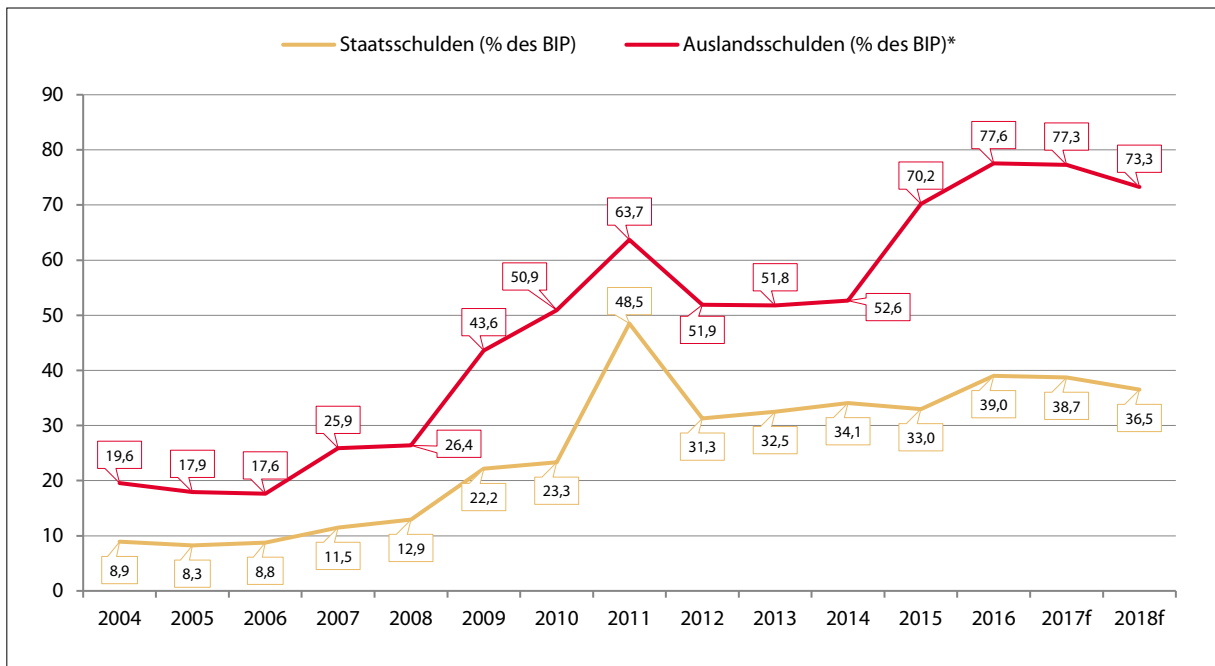
Quelle: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 4: Externe Position (% des BIP)



Quelle: nationale Quellen, NBRB, RBI/Raiffeisen RESEARCH

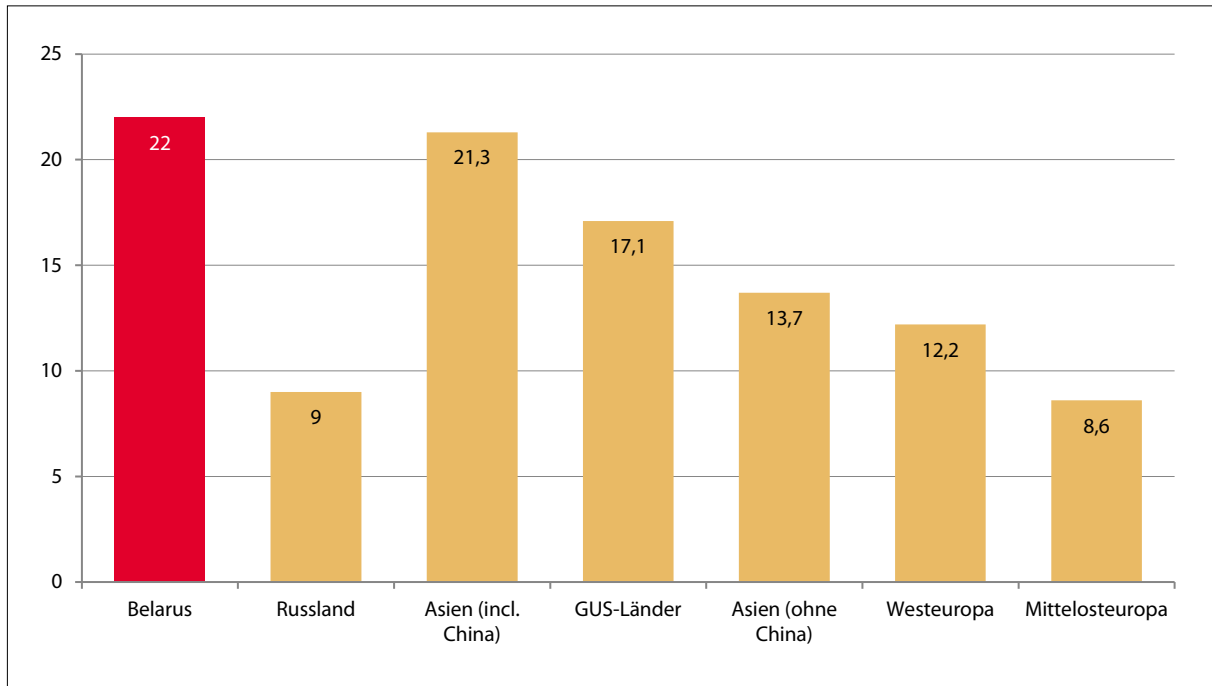
Grafik 5: Schuldenstand: Staats- und Auslandsschulden (% des BIP)



* Öffentlicher und privater Sektor

Quelle: nationale Quellen, NBRB, RBI/Raiffeisen RESEARCH

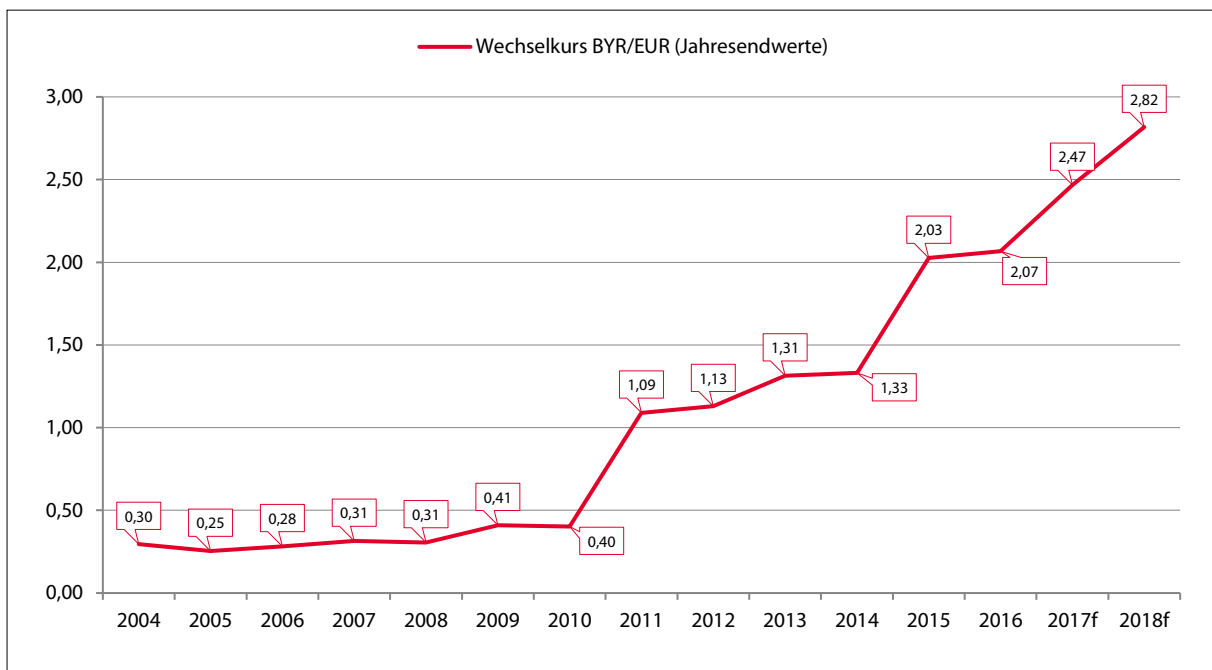
Grafik 6: Eventualverbindlichkeiten Staat durch Schulden staatseigener nicht-finanzieller Firmen (% des BIP)*



* Unternehmenssektor ohne Banken; letzte verfügbare Daten 2015 oder 2016

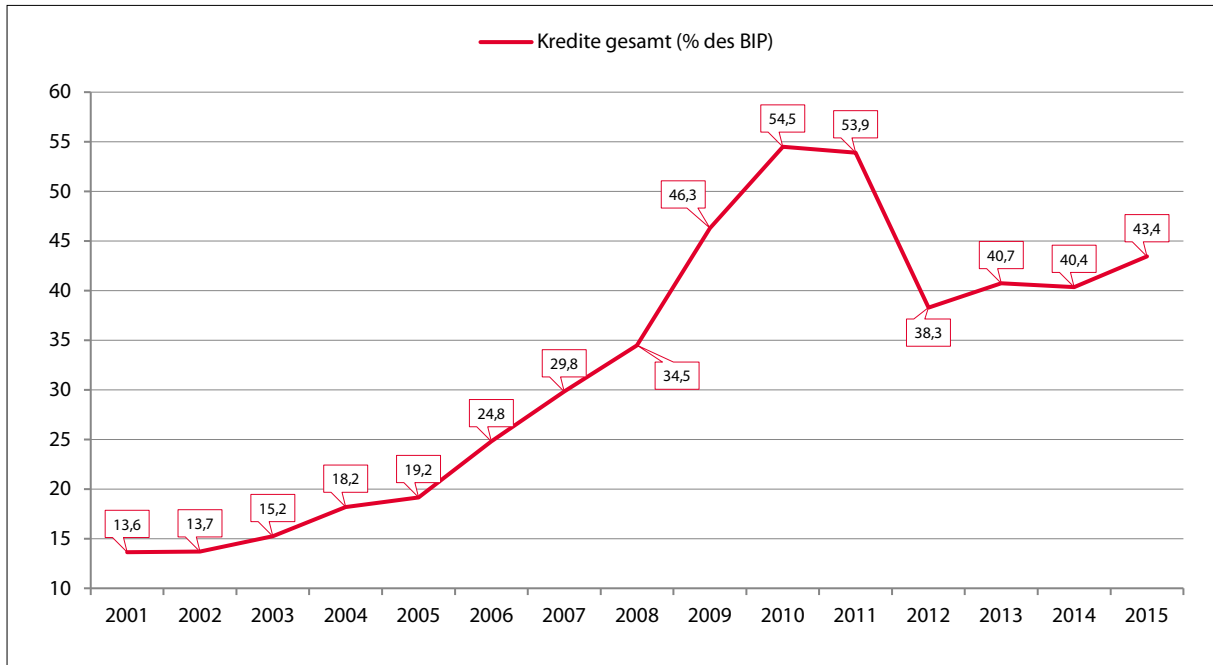
Quelle: Ratingagenturen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 7: Wechselkurs BYR/EUR*

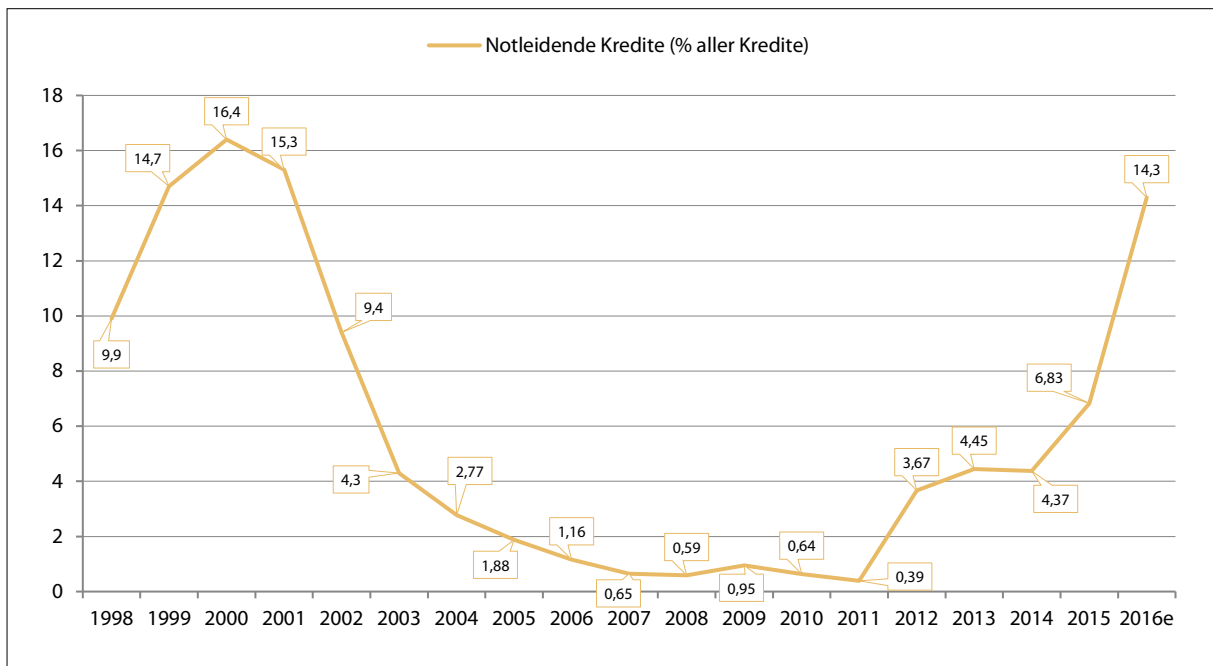


* Basierend auf Währungsreform 2016

Quelle: nationale Quellen, NBRB, RBI/Raiffeisen RESEARCH

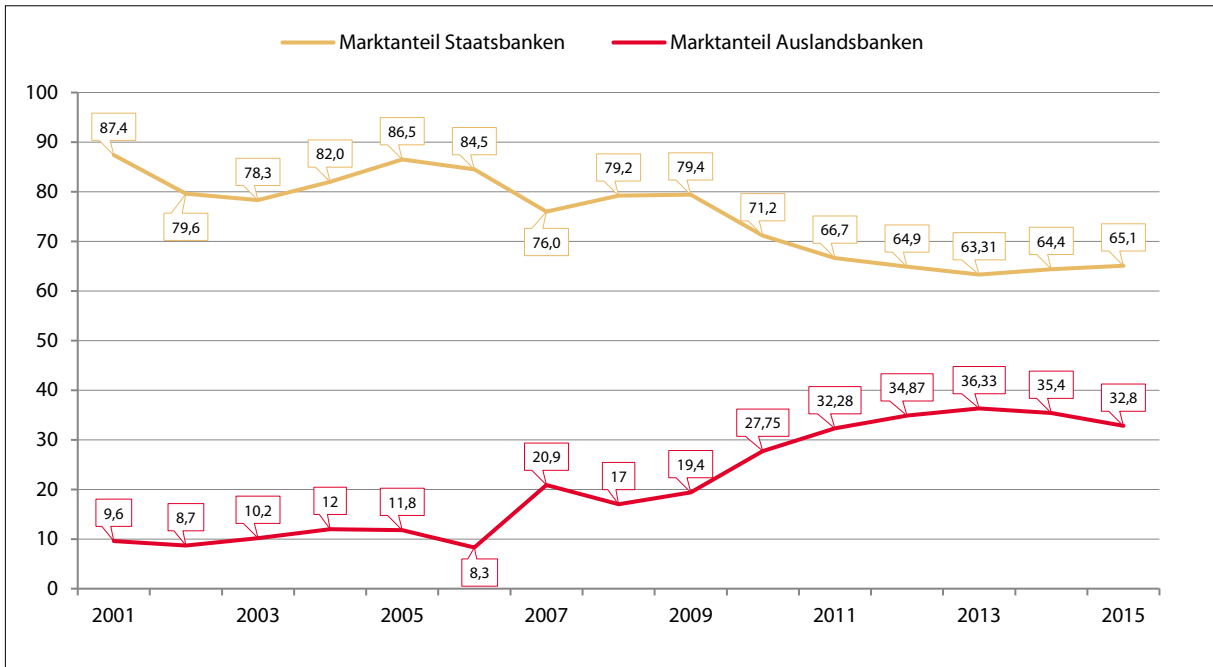
Grafik 8: Kredite (% des BIP)

Quelle: nationale Quellen, NBRB, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 9: Notleidende Kredite (% aller Kredite)

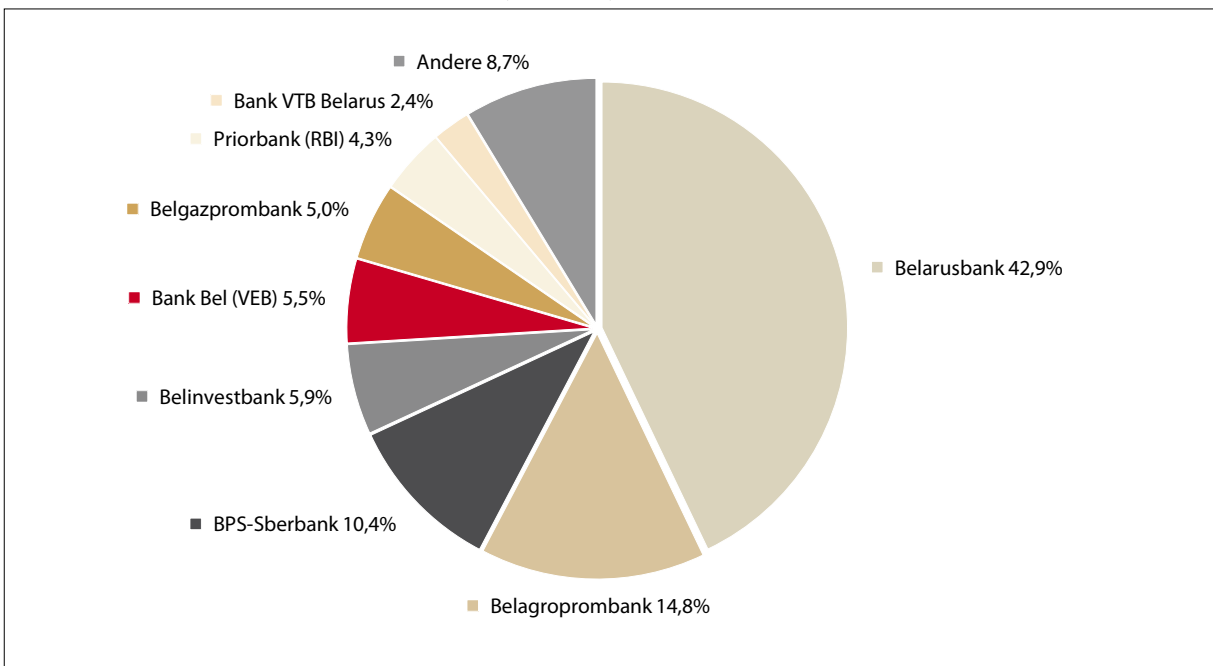
Quelle: nationale Quellen, NBRB, IWF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 10: Marktanteile Bankensektor (%)



Quelle: nationale Quellen, NBRB, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 11: Marktanteile Bankensektor (%), 2015)



Quelle: nationale Quellen, Firmendaten, NBRB, RBI/Raiffeisen RESEARCH

19. Dezember 2016 – 19. Februar 2017

19.–22.12.2016	Der stellvertretende Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der OSZE-Sonderkoordinator für Parlamentswahlen in Belarus, Kent Härstedt, hält sich mit einer Delegation in Minsk auf, um den Abschlussbericht des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) über die Parlamentswahlen in Belarus am 11. September 2016 zu präsentieren. Laut dem Bericht wurden die Wahlen gut organisiert, allerdings wurden mehrere systematische Probleme nicht gelöst, die meisten Empfehlungen des ODIHR wurden nicht umgesetzt, wobei der Prozess der Stimmenausszählung nicht ausreichend transparent war. Härstedt trifft sich u. a. mit Präsident Aliaksandr Lukaschenka, Außenminister Uladsimir Makej sowie mit Vertretern des Parlaments und der Opposition. Härstedt spricht über die Bereitschaft des ODIHR, Belarus bei der Reformierung des Wahlgesetzes zu unterstützen.
20.12.2016	Die UN-Generalversammlung verabschiedet eine Resolution mit dem Aufruf zur internationalen Überwachung der Menschenrechtslage auf der Krim; Belarus stimmt gegen die Resolution.
20.12.2016	Vor der Präsidialadministration in Minsk findet eine von der Opposition organisierte Aktion zur Unterstützung des belarussischsprachigen, von Polen finanzierten TV-Senders »Belsat« statt. Die Kundgebung ist eine Reaktion auf die Bestätigung des polnischen Außenministers, Witold Waszczykowski, dass die polnische Finanzierung um ca. zwei Drittel gekürzt werde. Die belarussischen Oppositionellen rufen die Behörden zur Finanzierung von »Belsat« aus dem belarussischen Haushalt sowie zur Einstellung der Übertragung russischer TV-Sender in Belarus auf.
20.12.2016	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, hält sich in Georgien auf, um an der feierlichen Eröffnung der belarussischen Botschaft teilzunehmen. Er trifft sich u. a. mit dem Präsidenten Georgiens, Giorgi Margwelaschwili, sowie mit seinem Amtskollegen, Michail Janelidze. Gesprächsthemen sind u. a. die Kooperation in Handel und Wirtschaft sowie im Sicherheitsbereich.
21.12.2016	Die Trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt erneut in Minsk.
22.12.2016	Das belarussische Außenministerium übergibt dem Botschaftsrat der russischen Botschaft in Minsk, Wadim Gusev, eine Protestnote wegen Aussagen des Direktors des Russischen Instituts für Strategische Studien, Leonid Reschetnikow, vom 21.12.2016 über die belarussische Sprache und Nation. Laut Reschetnikow, sei »Belarus ein historischer Teil des großen Russlands«, die belarussische Sprache sei nur 90 Jahre alt und von den sowjetischen Behörden 1926 ins Leben gerufen worden – daher stelle er ein von Moskau unabhängiges Belarus in Frage.
24.12.2016	Der Gründungsdirektor des Unabhängigen Instituts für sozial-ökonomische und politische Studien (IISEPS), Aleh Manaev, erklärt, dass die Weltorganisation für Forschung zur öffentlichen Meinung (WAPOR) keine Manipulationen in den Umfragen des Instituts gefunden hat. Im Juli 2016 warf ein belarussischer TV-Sender dem Institut die Fälschung von Ergebnissen vor. Im August 2016 stellte IISEPS wegen zunehmend repressiver Rahmenbedingungen seine Umfragen in Belarus ein.
26.12.2016	Der Präsident von Belarus, Aliaksandr Lukaschenka, nimmt an der Sitzung des Obersten Eurasischen Wirtschaftsrates und der Versammlung des Rats für Kollektive Sicherheit der Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit in St. Petersburg nicht teil. Ein offizieller Grund dafür wird nicht bekannt gegeben; auch die staatlichen TV-Sender in Belarus berichten nicht über die Ereignisse in St. Petersburg. Während des Gipfels wird der neue Zollkodex der EAWU von den Präsidenten Russlands, Kasachstans, Kirgistan und Armeniens unterzeichnet. Das Dokument wird dem belarussischen Präsidenten zur Unterschrift zugeschickt.
04.01.2017	Der Vorsitzende der oppositionellen Vereinigten Bürgerpartei, Anatol Liabedzka, kündigt während einer Pressekonferenz an, die Partei sei bereit, in Fragen der Stärkung der Unabhängigkeit von Belarus auch mit der Regierung zusammenzuarbeiten.
05.01.2017	Das Hauptthema der Präsidentschaft von Belarus in der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) im Jahr 2017 wird die Schaffung einer barrierefreien Umgebung in Europa sein, die u. a. zu europäischer Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich, besonders in Bezug auf Investitionen, beitragen soll, so das belarussische Außenministerium. Dazu gehört u. a. das Vereinheitlichen von Normen und Zollverfahren für die Entwicklung der Transport- und Logistikinfrastruktur.

09.01.2017	Der belarussische Präsident Aliaksandr Lukaschenka unterzeichnet den Erlass »Über visafreie Ein- und Ausreisen für Ausländer«, womit Belarus für Personen aus 80 Staaten, die über den Grenzübergang im Nationalflughafen Minsk für maximal fünf Tage ins Land kommen, Visagebühren aufhebt. Das visafreie Regime wird zum 12.02.2017 gültig.
10.01.2017	Belarus kann aktuell das Rückübernahmeabkommen im Sinne der EU nicht umsetzen, erklärt der Abteilungsleiter für Konsularfragen im Außenministerium von Belarus, Ihar Fisenka, bei einem Briefing. Die EU verknüpft die Frage der Visae erleichterungen für Belarus mit dem Abschluss des Rückübernahmeabkommens, so Fisenka.
13.01.2017	Der Jahresbericht 2016 der Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch« zu Belarus wird veröffentlicht. Es wird u. a. festgestellt, dass sich die allgemeine Menschenrechtssituation in Belarus 2016 nicht verbessert hat: Die Todesstrafe wird immer noch angewandt, Aktivisten und kritische Journalisten werden verfolgt. Gleichzeitig werden allerdings einige Verbesserungen aufgelistet, wie etwa der von den internationalen Beobachtern dokumentierte Fortschritt während der Parlamentswahlen 2016 sowie der von der belarussischen Regierung verabschiedete Plan zur Umsetzung der Empfehlungen des Universal Periodic Review (UPR) der UNO für Belarus für den Zeitraum 2016–2019.
15.01.2017	Belarus erwartet seitens der EU-Staaten in absehbarer Zeit keine Schritte im Hinblick auf Visafreiheit bei Kurzreisen von Belarussen, erklärt der Leiter der Konsularabteilung des belarussischen Außenministeriums, Ihar Fisenka.
15.–17.01.2017	Präsident Aliaksandr Lukaschenka hält sich zu einem offiziellen Besuch in Ägypten und dem Sudan auf und führt Gespräche u. a. mit dem Präsidenten Ägyptens, Abd al-Fattah Said Husain Chalil as-Sisi, und dem Präsidenten von Sudan, Umar Hasan Ahmad al-Baschir. Es werden Beziehungen in Handel und Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Gesundheitswesen, Sicherheit, Tourismus und im humanitären Bereich besprochen. Mit Ägypten werden zehn Dokumente über die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen unterzeichnet; mit dem Sudan ein Vertrag über freundschaftliche Beziehungen.
16.01.2017	Die Trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt ein weiteres Mal in Minsk.
16.–20.01.2017	Eine SEED (Site and External Events Design)-Mission der Internationalen Atomenergieagentur hält sich in Belarus auf, um die Sicherheitslage des im Bau befindenden belarussischen Atomkraftwerks zu überprüfen. Laut der Atomenergieagentur kann das Projekt des AKW dem schlimmsten möglichen Szenario einer Bedrohung von außen standhalten.
17.01.2017	Das belarussische Außenministerium informiert über den Beschluss der EU, Belarus im Zeitraum 2017–2020 finanziell in Fragen der gestiegenen illegalen Migration mit 7 Mio. Euro zu unterstützen. Im Rahmen der technischen Hilfe sollen in Belarus mehrere Zentren für die vorübergehende Unterbringung von Migranten gebaut werden. Am gleichen Tag äußert der Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, Sorgen in Bezug auf die geplanten Zentren aufgrund der fehlenden Grenzkontrollen zwischen Belarus und Russland.
19.01.2017	Laut dem veröffentlichten Bericht »Menschenrechtssituation in Belarus im Jahr 2016«, verfasst von der Menschenrechtssituation »Viasna«, gibt es keine systemischen Verbesserungen der Lage der Menschenrechte in Belarus im abgelaufenen Jahr.
23.–26.01.2017	Eine Delegation unter Leitung des ersten Vizeaußenministers, Andrej Jeudatschenka, nimmt an der Verhandlungsrunde zum Beitritt von Belarus zur Welthandelsorganisation (WTO) in Genf teil.
24.01.2017	Im Rahmen einer Sitzung des Politischen Ausschusses der PACE (Parlamentarische Versammlung des Europarates) finden in Straßburg Anhörungen zur Situation in Belarus statt. An der Diskussion nehmen u. a. zwei belarussische Parlamentsabgeordnete teil; eine davon ist die Oppositionsvertreterin Hanna Kanapatskaja. Es werden u. a. das Wahlgesetz sowie die Anwendung der Todesstrafe in Belarus diskutiert. Der PACE-Berichtserstatter für Belarus, Andrea Rigoni, schlägt einen runden Tisches in Minsk zur Reform der Wahlgesetzgebung mit einer Beteiligung internationaler Organisationen vor.

26.01.2017	Der Außenminister von Litauen, Linas Linkevičius, äußert Sorgen in Bezug auf die SEED (Site and External Events Design)-Mission der Internationalen Atomenergieagentur in Belarus vom 16.–20. Januar 2017. Laut Linkevičius sei die Mission nicht vollständig gewesen, weil nur zwei Prüfungsmodul von sechs möglichen durch die Atomenergieagentur berücksichtigt wurden. Früher hat Litauen andere EU-Länder zum Boykott des Energieimports aus dem belarussischen AKW aufgerufen; Grund dafür sei die nicht ausreichende Sicherheit des sich im Bau befindlichen AKW.
26.–27.01.2017	Der Premier-Minister Serbiens, Aleksandar Vučić, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf, und trifft sich u. a. mit Präsident Lukaschenka, mit seinem Amtskollegen Kabjakou sowie mit Vertretern des belarussischen Parlaments. Es wird ein Strategieplan zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in den Jahren 2017–2018 unterzeichnet.
31.01.2017	Das jährliche Ranking der Menschenrechtsorganisation »Freedom House« »Freiheit in der Welt – 2017« wird veröffentlicht. Belarus bleibt wie zuvor ein »nicht-freies« Land und erhält 20 Punkte von möglichen 100. 2016 hatte das Land 17 Punkte erhalten.
01.02.2017	Die Trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise tagt in Minsk.
01.02.2017	Informationen über die Einrichtung einer Grenzzone zwischen Russland und Belarus in den Regionen Brjansk, Smolensk und Pskow zum 6. Februar 2017 werden auf mehreren Webportalen in Russland veröffentlicht. Die entsprechende Anordnung sollte bereits am 29. Dezember 2016 unterzeichnet worden sein. Am nächsten Tag erklärt das belarussische Außenministerium, dass diese Entscheidung ohne Absprache mit Belarus getroffen wurde und zahlreichen Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern widerspricht.
01.–04.02.2017	Eine Parlamentsdelegation aus Pakistan ist zu einem offiziellen Besuch in Belarus. Präsident Aliaksandr Lukaschenka trifft sich mit dem Vorsitzenden des pakistanischen Senats, Mian Raza Rabbani, in Minsk. Dabei werden vor allem Perspektiven des gemeinsamen Handels besprochen.
03.02.2017	In Minsk findet ein »Großes Gespräch mit dem Präsidenten« statt – ein neues Format der Kommunikation zwischen dem Präsidenten und der Bevölkerung. Zum Gespräch werden u. a. einige unabhängige Journalisten und Experte eingeladen. Das Gespräch dauert über sieben Stunden und umfasst u. a. folgende Themen: die Eskalation des Konflikts mit Russland, Beziehungen mit dem Westen, die wirtschaftliche Situation in Belarus, die Migrationssituation in Belarus im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise, der Bau des AKW und der damit verbundene Konflikt mit Litauen, die fehlende nationale Idee in Belarus und die belarussische Sprache.
06.02.2017	Die am 29. Dezember 2016 getroffene Entscheidung seitens Russlands, eine Grenzzone zwischen Russland und Belarus in den Regionen Brjansk, Smolensk und Pskow einzurichten, tritt in Kraft. Die russische Seite informiert, dass die neunten Regelungen nur Angehörige dritter Staaten betreffen – Belarussen sollen wie früher visumsfrei nach Russland reisen können. Präsident Lukaschenka nannte am 3. Februar das Handeln Russlands einen »politischen Angriff«.
7.02.2017	Der Blogger Alexander Lapshyn, der über die russische und israelische Staatsbürgerschaft verfügt, wird von den belarussischen Behörden nach Baku ausgeliefert. Er wurde in Minsk am 14. Dezember 2016 auf Anfrage von Aserbaidschan inhaftiert, weil er die nicht anerkannte Republik Berg-Karabach besucht hat. Das Außenministerium Russlands kündigt an, dies entspräche nicht der Natur der Freundschaftsbeziehungen zwischen Belarus und Russland.
07.–08.02.2017	Menschenrechtler aus Belarus nehmen an den Anhörungen zum Thema »Todesstrafe in Belarus« im EU-Parlament in Brüssel teil und führen Gespräche im Europarat (PACE) in Straßburg.
09.02.2017	Die Präsidentin Litauens, Dalia Grybauskaitė, äußert die Meinung, dass die geplanten russisch-belarussischen Militärübungen »Westen-2017« (Russisch: »Zapad-2017«) die Vorbereitung dieser Länder auf einen Krieg mit dem Westen zeigt.
11.02.2017	Der bekannte ukrainische Schriftsteller, Serhej Zhadan, wird in Minsk verhaftet; dem Schriftsteller wird die Einreise nach Russland (d. h. auch nach Belarus) wegen angeblicher »Beteiligung an terroristischen Aktivitäten« untersagt. Nach der Einmischung des ukrainischen Außenministeriums wird das Einreiseverbot allerdings bereits am nächsten Tag aufgehoben.

14.02.2017	In Minsk findet die 1. Sitzung des Gremiums nationaler Koordinatoren der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) statt. Zur Sitzung sind 18 Vertreter der CEI angereist, darunter CEI-Generalsekretär Giovanni Caracciolo di Vietri und die stellvertretende CEI-Generalsekretärin Margot Klestil-Löffler.
15.02.2017	In Minsk tagt die Trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise.
17. und 19.02.2017	Es finden in allen Regionalzentren in Belarus die von der Opposition organisierten Kundgebungen gegen den 2015 vom Präsidenten unterschriebenen Erlass »Über die Verhinderung sozialen Schmarotzertums« statt, der vorsieht, dass in Belarus registrierte Bürger (mit einzelnen Ausnahmen) eine jährliche Pauschalsteuer in Höhe von ca. 230 Euro an den Staat entrichten müssen. Die größten Proteste werden aus Minsk (17.02., ca. 2000 Menschen) und Homel (19.02., ca. 2000 Menschen) gemeldet. Es handelt sich um die größten Proteste in Belarus seit der Präsidentschaftswahl 2010. Obwohl die Proteste von den Behörden nicht erlaubt wurden, kommt es zu keinen Verhaftungen.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Heiko Pleines (verantwortlich), Olga Dryndova

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter <www.laender-analysen.de>

ISSN 2192-1350 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>